

# ANTRAG AUF GENEHMIGUNG EINES BEBAUUNGSPLANES (B-Plan)

Gemeinde	Samtgemeinde	Landkreis	Fernruf mit Vorwahl
----------	--------------	-----------	---------------------

\_\_\_\_\_ über den Landkreis \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Zutreffendes bitte ankreuzen  oder ausfüllen

Bebauungsplan (Planbezeichnung)

\_\_\_\_\_

**Die Gemeinde beantragt hiermit gemäß § 11 i.V.m. § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG die Genehmigung**

<input type="checkbox"/> des B-Plans (Neuaufstellung)	<input type="checkbox"/> der Änderung bzw. Ergänzung des B-Plans	Nr. d. Änd./Ergänz.	<input type="checkbox"/> der Aufhebung des B-Plans
---	--	---------------------	--

Angaben der Gemeinde	Vermerke d. Gen. Beh.	
<b>1 Angaben zum Plan</b>		
<b>1.1 DER GELTUNGSBEREICH DES B-PLANS</b> liegt <input type="checkbox"/> nicht <input type="checkbox"/> teilweise <input type="checkbox"/> völlig <input type="checkbox"/> im förmlich festgelegten <input type="checkbox"/> Sanierungsgebiet nach § 5 StBauFG <input type="checkbox"/> Entwicklungsbereich nach § 53 StBauFG Bezeichnung des Sanierungsgebiets/Entwicklungsbereichs _____ Die förmliche Festlegung ist rechtswirksam geworden am _____		
<b>1.2 BEI ÄNDERUNG, ERGÄNZUNG, AUFHEBUNG</b>		
<b>1.2.1 Aufstellung des ursprünglichen B-Plans</b>		
Satzungsbeschluß vom _____	Genehmigung vom _____	Bekanntmachung gem. § 12 BBauG am _____
<b>1.2.2 Letzte wirksame Änderung/Ergänzung (einschl. vereinfachter nach § 13 BBauG)</b>		Nummer
Satzungsbeschluß vom _____	Genehmigung vom _____	Bekanntmachung gem. § 12 BBauG am _____
<b>1.2.3 Rechtswirksamkeit des ursprünglichen B-Plans bzw. der bisherigen Änderungen/Ergänzungen</b>		
a) Ist bzw. war der B-Plan Gegenstand eines Normenkontrollverfahrens nach § 47 VwGO? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
Datum, Aktenzeichen der Entscheidung _____		
b) Ist die Rechtswirksamkeit des B-Plans im Rahmen anderer Gerichtsentscheidungen (inzident) in Frage gestellt worden? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
Gericht, Datum, Aktenzeichen der Entscheidung _____		
c) Liegt eine Bekanntmachung gem. Art. 3 § 12 ÄndGBBauG 1976 vor? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
der Genehmigungsbehörde übersandt mit Schreiben vom _____		

d) Ist gem. § 155 a BBauG 1976/1979 die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften geltend gemacht worden?  nein  ja

Die Genehmigungsbehörde ist unterrichtet durch Schreiben vom

**2 Angaben zur Raumordnung und Landesplanung**

**DEM BEBAUUNGSPLAN LIEGT ZUGRUNDE:**

- 2.1  das Landesraumordnungsprogramm. in der Fassung vom
- 2.2  das Regionale Raumordnungsprogramm des/der idF vom
- 2.3  das landesplanerische Rahmenprogramm des/der vom

**3 Angaben zur Entwicklungsplanung der Gemeinde**

- 3.1 Eine Entwicklungsplanung der Gemeinde im Sinne von § 1 Abs. 5 BBauG  liegt nicht vor  liegt vor
- 3.2 Entspricht der B-Plan, die Änderung/Ergänzung des B-Plans der beschlossenen Entwicklungsplanung?  ja  nein

3.3 Begründung der Abweichungen (ggf. Hinweis auf Begründung)

hierzu Anlage/Seite

**4 Angaben zum Flächennutzungsplan**

4.1 **DER FLÄCHENNUTZUNGSPLAN**  ist noch nicht wirksam  ist wirksam

**4.2 BEI EINEM VORZEITIGEN B-PLAN (§ 8 Abs. 4 BBauG):**

a) Warum ist der Flächennutzungsplan noch nicht wirksam?

b) Stand des Aufstellungsverfahrens zum Flächennutzungsplan

c) Dringende Gründe für die Aufstellung des vorzeitigen B-Plans

d) Steht der vorzeitige B-Plan der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung entgegen?

**4.3 BEI VORLIEGEN EINES WIRKSAMEN FLÄCHENNUTZUNGSPLANS**

**4.3.1 Aufstellung des Flächennutzungsplans**

Feststellungsbeschluß vom	Genehmigung vom	Bekanntm. gem. §6 Abs. 6 BBauG am
---------------------------	-----------------	-----------------------------------





Angaben der Gemeinde		Vermerke d. Gen. Beh.
<b>5.4 FÖRMLICHES AUSLEGUNGSVERFAHREN (§ 2 a Abs. 6 BBauG)</b>	<input type="checkbox"/> Durchgang	hierzu Anlage/Seite
<b>5.4.1 Entwurfs- und Auslegungsbeschuß</b>	<input type="checkbox"/> liegt nicht vor <input type="checkbox"/> liegt vor	
	Der Beschluß ist gefaßt am <input type="checkbox"/> durch den Rat <input type="checkbox"/>	
	und nach Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuß am <input type="checkbox"/>	
	An der Beschlußfassung	
	<input type="checkbox"/> hat erkennbar kein nach § 26 NGO ausgeschlossenes Ratsmitglied mitgewirkt	
	<input type="checkbox"/> hat ein nach § 26 NGO ausgeschlossenes Ratsmitglied mitgewirkt	
	Dieser Mangel <input type="checkbox"/> ist geheilt (vgl. § 26 Abs. 5 NGO) <input type="checkbox"/> ist nicht geheilt	
	Der Beschluß hat zum Inhalt <input type="checkbox"/> Plan-entwurf <input type="checkbox"/> Entwurfs-begründung <input type="checkbox"/> Auslegung	
<b>5.4.2 Ortsübliche Bekanntmachung</b>	am <input type="checkbox"/> entsprechend der Hauptsatzung in der Fassung vom <input type="checkbox"/>	
	durch <input type="checkbox"/>	
<b>5.4.3 Benachrichtigung der Träger öffentl. Belange einschl. benachbarter Gemeinden</b>	am <input type="checkbox"/>	
	durch <input type="checkbox"/>	
<b>5.4.4 Auslegung</b>	vom (erster Tag) <input type="checkbox"/> bis (letzter Tag) <input type="checkbox"/>	
	Ort <input type="checkbox"/>	
	die Auslegung fand während der Dienststunden statt.	

Ist das förmliche Auslegungsverfahren wegen Änderung des Planentwurfs wiederholt worden, so sind die Angaben der Nr. 5.4 für jeden Durchgang erforderlich. Diese Seite ist daher gegebenenfalls mehrfach auszufüllen.



**5.7 SATZUNGSBESCHLUSS (§ 10 BBauG)**hierzu  
Anlage/Seite**5.7.1** Der Satzungsbeschuß ist gefaßt

<input type="checkbox"/>	vom Rat	am	<input type="checkbox"/>	nach Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuß	am
<input type="checkbox"/>	in öffentlicher Ratssitzung				

**5.7.2** Der Beschluß umfaßt  den Plan als Satzung  die Begründung**5.7.3** An der Beschlußfassung

<input type="checkbox"/>	hat erkennbar kein nach § 26 NGO ausgeschlossenes Ratsmitglied mitgewirkt					
<input type="checkbox"/>	hat ein nach § 26 NGO ausgeschlossenes Ratsmitglied mitgewirkt					
Dieser Mangel						
<input type="checkbox"/>	ist geheilt (vgl. § 26 Abs. 5 NGO)			<input type="checkbox"/>	ist nicht geheilt	

**6 Sonstige Angaben**

.....

.....

.....

**Anlagen**

- 1) Bebauungsplan (Urschrift/Ausfertigungen)
- 2) im Verfahren nach § 2 a Abs. 6 BBauG ausgelegte(r) Bebauungsplanentwurf/-entwürfe
- 3) Begründung
- 4) Entwurfsbegründung(en)
- 5) Übersichtskarte, die die Lage des Geltungsbereichs des Bebauungsplans erkennen läßt; die Geltungsbereiche benachbarter Bebauungspläne sind kenntlich zu machen
- 6) Abschrift der Niederschrift über den Aufstellungsbeschluß
- 7) Abschrift der Niederschrift über den Auslegungsbeschluß
- 8) beschlossene Entwicklungsplanung, soweit nicht bereits vorgelegt
- 9) Abschrift des Rundschreibens an die Träger öffentlicher Belange, (einschl. benachbarter Gemeinden)
- 10) Abschriften der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (einschl. benachbarter Gemeinden)
- 11) Auszug/Auszüge aus der Hauptsatzung
- 12) Abschrift der Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung gem. § 2 a Abs. 6 BBauG; ggf. entsprechende Ausschnitte aus den Tageszeitungen
- 13) Abschrift der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange gem. § 2 a Abs. 6 BBauG
- 14) Vermerk über Beginn und Ende des Aushangs
- 15) Abschrift der Niederschrift über den Beschluß zu Bedenken und Anregungen
- 16) Abschrift der Niederschrift über den Satzungsbeschluß
- 17) Abschriften der Bedenken und Anregungen, soweit sie nicht berücksichtigt worden sind, Stellungnahme der Gemeinde hierzu
- 18) Übersichtskarte mit Kenntlichmachung der Festsetzungen, auf die sich nicht berücksichtigte Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (einschl. benachbarter Gemeinden) sowie nicht berücksichtigte Bedenken und Anregungen beziehen

Alle Abschriften stimmen mit der Urschrift überein.

**Ort, Datum, rechtsverbindliche Unterschrift der Gemeinde**